



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss Bühnen der Stadt
Köln**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 02.09.2015

Niederschrift

über die **8. Sitzung des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 25.08.2015, 19:19 Uhr bis 21:26 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Karin Reinhardt	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Peter Sörries	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Traeder	AfD
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Andreas Henseler	Freie Wähler Köln
Frau Anke Brunn	SPD
Herr Manfred Post	SPD
Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper	CDU
Frau Freifrau Jeane von Oppenheim	CDU
Herr Mario Michalak	GRÜNE

Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Sebastian Tautkus	DIE LINKE
Herr Ludwig von Rautenstrauch	
Frau Dr. Heike Otto	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
Frau Ute Palm	Behindertenvertretung
Herr Dr. Manfred Wegner	Seniorenvertretung

Verwaltung

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dezernat Kunst und Kultur
Herr Stefan Bachmann	Schauspiel Köln
Frau Dr. Birgit Meyer	Oper Köln
Herr Patrick Wasserbauer	Bühnen der Stadt Köln

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat Kunst und Kultur
------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Judith Wolter	pro Köln
Herr Prof. Hans-Georg Bögner	SPD
Herr Marco Malavasi	SPD
Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Herr Dr. Ulrich Krings	Für die Denkmalpflege sachkundiger Bürger
Herr Turan Özkücük	Integrationsrat
Herr Jochen Saurenbach	Stadt AG LST

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht auf folgende Tischvorlagen aufmerksam:

- TOP 6.3 Sanierung Bühnen
Fragenbeantwortung und Monatsberichte Juni/Juli 2015
- TOP 6.4 Sachstand zum verlängerten Interim der Bühnen unter Berücksichtigung der Fragen der SPD, der Grünen und des „Positionspapiers“ der CDU/FDP

Der Ausschuss ist damit einverstanden und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 **Schwerpunktthemen**

2 **Schriftliche Anfragen**

- 2.1 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Beteiligung von IMTECH an den Baumaßnahmen Opernhaus und Schauspielhaus"
AN/1167/2015

3 **Schriftliche Anträge**

- 3.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Verzögerungen Opernbau"
AN/1121/2015
- 3.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Sanierung Oper / Schauspielhaus"
AN/1125/2015

4 **Allgemeine Vorlagen**

- 4.1 Weiteres Vorgehen Sanierung Bühnen Köln
2326/2015

5 **Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

6 **Mitteilungen des Eigenbetriebs**

- 6.1 III. Quartalsbericht der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2014/15
2027/2015
- 6.2 Sanierung der Bühnen Köln am Offenbachplatz
Abschluss eines Mietvertrags für die Interimsspielstätte der Oper (Spielzeit 2015/16)
Verlängerung des Interims bis 31.08.2016
2321/2015
- 6.3 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
hier: Fragenbeantwortung und Monatsberichte Juni/Juli 2015
2501/2015

- 6.4 Sachstand zum verlängerten Interim der Bühnen unter Berücksichtigung der Fragen der
- SPD
 - Der Grünen und des
 - „Positionspapiers“ der CDU/FDP 2503/2015

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Schriftliche Anfragen

9 Schriftliche Anträge

10 Allgemeine Vorlagen

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Mitteilungen des Eigenbetriebs

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 **Schwerpunktthemen**

2 **Schriftliche Anfragen**

2.1 **Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Beteiligung von IMTECH an den Baumaßnahmen Opernhaus und Schauspielhaus" AN/1167/2015**

Die Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft Rinnenburger schlägt vor, die Anfrage der Piraten-Gruppe mündlich zu beantworten und eine schriftliche Beantwortung nachzureichen.

Frau Gerlach ist damit einverstanden.

Frage 1. Wann wurden die Ausschreibungen für die beiden Baumaßnahmen durchgeführt, und wurde dabei die Möglichkeit überprüft, ob es zu Kartellbildungen und Preisabsprachen gekommen ist? (In diesem Zusammenhang bitte auch aufführen, welche Firmen beschäftigt worden sind, die zum Konzern der „IMTECH“ NV Gouda/Niederlande gehören oder Subunternehmer dieser Firmen sind.)

Frau Rinnenburger antwortet, dass für die Baustellenversorgung (V03.2) das Vergabeverfahren 12/11 begonnen habe und der Auftrag am 10.05.2012 erteilt worden sei. Für die Starkstromanlagen (V52) begann das Vergabeverfahren 12/12 und die Auftragserteilung sei am 07.06.2013 durchgeführt worden. Das Vergabeverfahren für die Kälteanlagen (V78) sei 12/12 gestartet und der Auftrag am 10.06.2013 erteilt worden. Sie führt weiter aus, dass in allen Gewerken Imtech beauftragt worden sei. Nachunternehmer seien mit einer Angebotsabgabe nicht benannt worden und werden bei Vorlage der Anfrage geprüft und genehmigt. Ob es Kartellbildungen oder Preisabsprachen gegeben habe, sei nicht geprüft worden. Dafür habe es keinen Anhaltspunkt gegeben. Die Leistungen seien jeweils europaweit ausgeschrieben und entsprechend der geltenden Vergaberegeln geprüft und vergeben worden. Die Ausschreibung erfolgte ergänzend über den Vergabemarktplatz der Stadt Köln. Die Leistungen seien vor der Vergabe vom Zentralen Vergabeamt der Stadt Köln abschließend geprüft worden. Für den Auftrag V52 sei Imtech in der Unternehmerdatenbank des Vergabeamtes präqualifiziert gewesen.

Frage 2. Welche Aufträge erhielten diese Unternehmen und waren zu diesem Zeitpunkt die Probleme des Departments Chemie der Universität zu Köln mit „Imtech“ bekannt? Bitte hierbei auch aufführen, wer in diesem Fall die Compliance und das Management der Liegenschaften bei der Stadt Köln gewährleistet hat, die Leistungen vom „Imtech“ abgenommen sowie Leistungen überprüft hat und welche Einschätzungen die Zuständigen abgegeben haben.

Frau Rinnenburger erklärt, dass nicht bekannt sei, welche anderen Unternehmen zum Konzern Imtech NV Niederlande gehören können und wo diese beschäftigt seien.

Frage 3. Wurden die Rechnungen bezüglich der geleisteten Arbeitsstunden usw. von Rechnungsprüfern überprüft, wurden dabei interne oder auch externe Rechnungsprüfer bzw. Rechnungsprüfungsgesellschaften eingesetzt, und warum soll das Rechnungsprüfungsamt nicht bereits jetzt eingesetzt werden, wo doch offenkundig die

Insolvenz von „Imtech“ und die Sicherstellung von Leistungen in Betracht gezogen wird?

Frau Rinnenburger erläutert hierzu, dass die geleisteten Arbeitsstunden, die nicht in Leistungspositionen oder Nachträgen erfasst seien, von der Bauleitung, Büro Derrns, vorab genehmigt, nach Leistungserbringung abgezeichnet und genehmigt werden und damit in Rechnung gestellt werden können. Die Rechnungsprüfung erfolge durch die Bauleitung Derrns und danach stichprobenhaft von der Projektsteuerung. Das Rechnungsprüfungsamt könne und konnte jederzeit die Rechnungen und auch die Stundenlohnzettel prüfen.

Frage 4. Welche Folgen hat die Insolvenz von „Imtech“ für die Fortführung der Bauprojekte, und zeichnen sich juristische Auseinandersetzungen der Stadt Köln mit „Imtech“ ab?

Frau Rinnenburger weist darauf hin, dass zunächst keine Monteure der Fa. Imtech mehr vor Ort gewesen seien, aktuell werde mit sehr geringem Personaleinsatz weitergearbeitet. Es finden Gespräche auf juristischer Ebene mit dem vorläufigen Insolvenzverwalter statt. Momentan liege keine konsensfähige Vereinbarung vor. Sofern es kurzfristig nicht zu einer Erhöhung der Ausführungskapazitäten der Fa. Imtech kommen könne, seien weitere ausführende Firmen in der Ausführung ihrer Leistungen behindert und werden dies entsprechend anzeigen. Es seien dann Stillstandskosten bzw. Bauunterbrechungskosten zu erwarten.

5. Für welche Projektabschnitte hat „IMTECH“ Kostenvorschüsse verlangt und hat die Stadtverwaltung diese Kostenvorschüsse an „Imtech“ geleistet oder gab es Geldnachforderungen von „Imtech“? (Bitte schlüsseln sie auf wie hoch diese waren und wie damit umgegangen wurde.)

Hierzu erklärt Frau Rinnenburger, dass es Vorauszahlungen an Imtech in der V52 und der V78 in Höhe von 30% der Auftragssumme gegen Vorauszahlungsbürgschaft und Verzinsung gegeben habe. Die Bürgschaften seien zurückgegeben worden, als der Leistungsstand die Vorauszahlung überschritten habe. Geldnachforderungen habe es nicht gegeben. Imtech habe Nachträge vorgelegt, die geprüft und beauftragt werden, wenn sie berechtigt seien. Es gebe jedoch Forderungen wegen Beschleunigung und Behinderung auf der Baustelle, die sich noch in der Prüfung und Verhandlung befinden.

Auf Nachfrage von Frau Gerlach teilt Frau Rinnenburger mit, dass Imtech auch in Bochum bei den Kliniken beschäftigt sei und diese habe, nach der Insolvenz der Firma Imtech, ein Hausverbot erteilt. Sie macht darauf aufmerksam, dass durch eine Insolvenz heutzutage nicht das Recht bestehe, einen Vertrag sofort zu kündigen. Deshalb habe man keine Handhabe, Imtech von der Baustelle zu verweisen.

3 Schriftliche Anträge

3.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Verzögerungen Opernbau" AN/1121/2015

RM Dr. Elster erklärt, dass es ihm hauptsächlich darum gehe, möglichst zeitnah die neue Terminplanung zu erhalten, um in der Ratsfraktion über das weitere Vorgehen diskutieren zu können. Die Kosten- und Terminplanung seien essentiell. Im gestrigen Unterausschuss sei mitgeteilt worden, dass dies drei Monate dauere. Dies zeige in welchem Zustand sich das Projekt befinde. Außerdem hält er es für notwendig, das

Rechnungsprüfungsamt zu beauftragen. Eigentlich müsse dies der Stadtrat tun, aber er spricht sich dafür aus, dies im Fachausschuss vorher zu beraten. Aus seiner Sicht müsse der Betriebsausschuss Bühnen mit dem Rechnungsprüfungsausschuss zusammenarbeiten.

Herr Dr. Wackerhagen merkt an, dass aus seiner Sicht die Aufarbeitung der Vergangenheit in der Sache außergewöhnlich mangelhaft sei. Um für die Zukunft besser gerüstet zu sein müsse man, dies sei man den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, die Dinge aufklären. Hierfür wolle er Einsicht in die Protokolle der entsprechenden Jour Fixe des Leitungsgremiums erhalten. Er hofft, dass sich alle Fraktionen dem Antrag anschließen.

Nach Auffassung von Herrn Prof. Schäfer bestehe kein Anlass von nicht ausreichenden Informationen zu sprechen, wenn man die letzten Vorlagen und Beantwortungen der Verwaltung und des Bauherren richtig zur Kenntnis genommen habe. Im Unterausschuss Kulturbauten und in der letzten Sondersitzung des Betriebsausschusses Bühnen seien zahlreiche zufriedenstellende Beantwortungen vorgelegt worden. Natürlich gebe es noch unbeantwortete Fragen, aber dies sei seines Erachtens kein Grund für eine Beschimpfung. Man sollte mit den vorliegenden Antworten sachbezogen umgehen. Für seine Fraktion sei noch nicht ganz deutlich geworden, wie der Entscheidungsablauf von März an bis zum 23. Juli gelaufen sei. Zum zweiten Punkt des Antrages merkt er an, dass der Betriebsausschuss die Verwaltung nicht formal beauftragen könne, das Rechnungsprüfungsamt zu beauftragen. Ein entsprechender Antrag müsse im Rat gestellt werden und deshalb werde seine Fraktion gegen diesen Punkt stimmen. Dies bedeute nicht, dass man keine weitere Aufklärungsarbeit benötige. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Beschluss des Hauptausschusses vom 03.08.2015, der einstimmig diese Aufarbeitung beschlossen habe. Die SPD-Fraktion habe in dieser Sitzung die Hinzuziehung der Expertise des Rechnungsprüfungsamtes gefordert. Dies sei im Protokoll nachzulesen. Er vertritt die Meinung, dass der in der Hauptausschusssitzung einstimmig gefasste Beschluss völlig ausreichend sei. Im Übrigen habe er inhaltliche Probleme damit, eine Art Untersuchungsausschuss einzusetzen zu wollen. Das Rechnungsprüfungsamt werde eigenständige Untersuchungen durchführen und mit den Ergebnissen werde man entsprechend umgehen.

RM von Bülow lehnt für ihre Fraktion beide Punkte des Antrages ab. Sie betont, dass es nicht darum gehe, dass irgendjemand keine Aufklärung in der Angelegenheit wolle. Alle Beteiligten haben stets betont, dass eine Aufarbeitung der Geschehnisse notwendig sei. Es gebe unterschiedliche Wege, auf welche Weise man feststellen könne, wer hat wann welche Verantwortung getragen und wie dies aufzuklären sei. Sie weist den Vorwurf zurück, nicht an Aufklärung interessiert zu sein, wenn man dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion nicht zustimme. Ebenso weist sie zurück, dass die bisherige Aufarbeitung mangelhaft gewesen sei. Im Übrigen hält sie den Beschluss des Hauptausschusses ebenfalls für völlig ausreichend. Die zur heutigen Sitzung vorliegende Mitteilung unter TOP 6.3 zeige zumindest schon mal den Weg auf, auf welche Weise seitens der Verwaltung einiges zur Aufklärung beigetragen worden sei. Es gebe natürlich noch weitere Fragen wie beispielsweise, ob die Zeitschiene nicht eigentlich früher einzusetzen sei. Die Mitteilung sei daraufhin zu prüfen, welche Schlüsse man daraus ziehe, wie man diese analysiere und wie gehe man weiter mit Sache um. Abschließend weist sie darauf hin, dass dem Rechnungsprüfungsausschuss alle Unterlagen vorlagen und er sich damit auseinandergesetzt habe. Insofern sehe sie den Antrag als erledigt an.

RM Henseler vertritt die Auffassung, dass die Gremien, die sich mit der Angelegenheit befassen unterschiedliche Fragen bearbeiten. Er vermisst deshalb eine Gesamtsicht der Dinge. Seines Erachtens müsse man in einer gemeinsamen Debatte klären, wel-

che Fragen noch offen seien, welche Schlussfolgerungen müsse man daraus ziehen und wie gehe man weiter damit um. Dies gelte auch für andere komplexe Bauprozesse. Er spricht sich deshalb für die Unterstützung des Antrages aus.

RM Stahlhofen kündigt an, die Anträge der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion abzulehnen, da der Hauptausschuss bereit einen weitergehenden Beschluss gefasst habe. Sie vermutet hinter der Vorgehensweise, dass man im Betriebsausschuss Bühnen nun mit dem Anliegen vordringen wolle, weil dies im Hauptausschuss nicht gelungen sei.

Herr Dr. Wackerhagen hebt hervor, dass der Betriebsausschuss Bühnen das verantwortliche Gremium sei und nicht der Hauptausschuss. Er habe den Eindruck, dass man sich aus der Verantwortung schleichen wolle. Es werde so getan, als wäre alles unvermeidbar gewesen. Immer wieder sei ein Plan B gefordert worden, der nie vorgelegt worden sei. Keiner könne ihm erklären, ob die Bühnenleitung und die beiden zuständigen Dezernenten tatsächlich ihre Verantwortung wahrgenommen haben. Er verweist auf die Aussage der Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft in der gestrigen Sitzung im Unterausschuss Kulturbauten, dass die Signale monatelang auf rot gestanden haben, ohne den Eröffnungstermin in Frage zu stellen. Aus seiner Sicht sei der Betriebsausschuss Bühnen dazu verpflichtet dies alles aufzuklären. Er habe kein Vertrauen in die jetzige Lenkungsgruppe.

Herr Dr. Wackerhagen unterbricht seinen Redebeitrag und gibt zu Protokoll, dass die SPD-Fraktion ihm nicht weiter zuhören wolle.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister entgegnet, dass sie ihm nach ihrem Eindruck sehr wohl zuhöre.

RM Dr. Elster vertritt die Auffassung, dass der Hauptausschuss keinen Beschluss zu dem Thema, wie Herr Prof. Schäfer, RM von Bülow und RM Stahlhofen dies vorgetragen haben, gefasst worden. Es sei nämlich nicht beschlossen worden, einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Außerdem sei der Rechnungsprüfungsausschuss nicht an der Beschlussfolge des Unterausschusses Kulturbauten und des Betriebsausschusses beteiligt.

RM von Bülow wirft ein, dass dem Rechnungsprüfungsausschuss die Monatsberichte vorgelegt worden seien.

RM Dr. Elster fährt fort, dass der Hauptausschuss die Debatte zu dem FDP-Antrag in die nachfolgenden Gremien verwiesen habe. Das zuständige Gremium für die Steuerung der Bühnen sei der Betriebsausschuss Bühnen und nicht der Hauptausschuss. Er kündigt an, im Rat den Antrag zu stellen, einen Untersuchungsausschuss einzuberufen. Außerdem erinnert er daran, dass seine Fraktion Akteneinsicht beantragt habe. Dies habe die Verwaltung allerdings seit drei Wochen auf die lange Bank geschoben. Man hätte schon längst weitere Informationen haben können. Er werde dies nach wie vor einfordern, da dies seiner Fraktion kommunalrechtlich zustehe. Er ist der Meinung, dass alle stimmberechtigten Fraktionen dem Antrag zustimmen können, wenn sie Aufklärung in der Sache wollen.

Herr Prof. Schäfer hält den Dringlichkeitsantrag von der Formalie her für nicht beschlussfähig. Er weist die Unterstellung von sich, dass seine Fraktion keine Aufklärung in der Sache wolle. Er macht deutlich, dass seine Fraktion, gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ihren Fragenkatalog bei der Verwaltung eingereicht haben. Er erhebt den Vorwurf, dass die FDP hingegen die Öffentlichkeit suche, um zu skandalisieren. Im Übrigen macht er darauf aufmerksam, dass alle eine Aufklärung wollen und das Rechnungsprüfungsamt sei bereits tätig geworden. Eine gemeinsame Sitzung des Betriebsausschusses Bühnen mit dem Rechnungsprüfungsausschuss

könne es rein formal gar nicht geben. Das RPA sei, genau wie der Landesrechnungshof, nach eigenen Regelungen frei und bestimme selbst wann es prüfe oder nicht. Ihm sei eine sachliche Aufklärung wichtig.

RM von Bülow macht auf die Gemeindeordnung, die Geschäftsordnung des Rates und auf die Zuständigkeitsordnung aufmerksam und dort sei klar geregelt, dass es keine Untersuchungsausschüsse gebe. Es sei durchaus wichtig die Vergangenheit aufzuarbeiten, aber man müsse auch nach vorne blicken. Schließlich müsse man das Interim regeln und sehen wie es mit den Bühnen weitergehe. Sie ist der Auffassung, dass die ewigen, sich im Kreis drehenden, Diskussionen die Aufklärung nicht wirklich weiterbringen. Den richtigen Weg habe man bereits durch den einstimmigen Beschluss des Hauptausschusses eingeschlagen. Der erste Satz des Beschlusses lautet nämlich, die Verwaltung wird beauftragt, die Ursachen uneingeschränkt aufzuklären. Außerdem seien alle zu beteiligenden Gremien genannt, wozu auch das Rechnungsprüfungsamt und der Rechnungsprüfungsausschuss gehören. Sie unterstreicht, dass es keine Kultur der Verantwortungslosigkeit geben dürfe und das wäre genauso schlimm, wie das, was in der Vergangenheit passiert sei. Sie appelliert an die CDU und FDP, von ihren Unterstellungen Abstand zu nehmen und zu respektieren, dass man die Dinge anders sehe.

Herr Traeder vertritt die Auffassung, dass in der Vergangenheit die Debatte vor allen Dingen von den Sozialdemokraten abgewürgt worden sei. Er hält deshalb die Behauptung, dass SPD und Grüne zuerst die richtigen Fragen gestellt haben für Unsinn. Außerdem kritisiert er die Aufklärungsarbeit der Verwaltung.

Herr Dr. Wackerhagen merkt an, dass die im gestrigen Unterausschuss Kulturbauten und zur heutigen Sitzung vorgelegte Mitteilung der Verwaltung nicht zu einer lückenlosen Aufklärung beitrage. Deshalb hätte er es befürwortet, wenn die Fraktionen entsprechende Anträge und Änderungsanträge gestellt hätten, um die Sache voran zu treiben. Er habe nie von einem Königsweg gesprochen, den die CDU-Fraktion und seine Fraktion vorgeben wollen.

Herr Prof. Dr. Lemper bezieht sich auf den Beschluss des Hauptausschusses und fragt, wer die Quelle der Fehlerhaftigkeit sei, deren Ursache uneingeschränkt aufzuklären sei. Dies könne nach seiner Auffassung nur die Verwaltung sein. Dies bedeute, dass die Verwaltung etwas aufklären soll, an dem sie beteiligt sei. Deshalb sei es legitim zu Fragen, ob der Hauptausschuss dafür das richtige Gremium sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass dies nicht wirklich weiterhelfe und unterstreicht erneut, dass der Hauptausschuss die Einbeziehung des Rechnungsprüfungsausschusses einstimmig beschlossen habe. Natürlich sei der Betriebsausschuss Bühnen das richtige Organ um Fragen zu stellen, die zur Aufklärung beitragen.

Beschluss:

Im Rahmen der nun bekanntgewordenen Verzögerungen bei der Sanierung der Oper/des Schauspielhauses beauftragt der Betriebsausschuss der Bühnen die Verwaltung:

1. Bis zum nächsten Kulturausschuss am 25.08.2015 eine überarbeitete Terminierung bzgl. der Fertigstellung vorzulegen. Neben einer aktualisierten Kosten- /Terminaufstellung soll auch ein Plan B erarbeitet werden für den Fall, dass auch die neuerliche Terminplanung nicht eingehalten wird.
2. das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köln zu beauftragen mit dem Ziel,
 - a. die Ursachen, die zur Verzögerungen beim Bau der Oper/des

- Schauspielhauses führten, aufzuarbeiten
- b. die Verantwortlichen für die späte Intervention zu benennen
 - c. die Ergebnisse dieser Arbeit in gemeinsamen Sondersitzungen – RPA und Unterausschuss Kulturbauten als „Aufklärungsausschuss“ – zu erläutern

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke abgelehnt.

3.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Sanierung Oper / Schauspielhaus" AN/1125/2015

RM Dr. Elster erklärt, dass es im ersten Punkt des Antrages um die Reduzierung der Eintrittspreise gehe und man momentan eine andere Beschlusslage habe. Diese Beschlusslage müsse nun hergestellt werden, damit die Verwaltung die Idee umsetzen könne. Zum zweiten Punkt erläutert er, dass zwar vorläufig zwei Spielstätten geprüft worden seien und ist der Meinung, dass gegebenenfalls noch weitere Interimsspielstätten zu prüfen seien. Er könne dies deshalb nicht als erledigt betrachten.

Der Geschäftsführende Direktor der Bühnen Wasserbauer erklärt, dass man im Wirtschaftsplan 2015/16 umfassend für den Offenbachplatz geplant habe. Dort habe man für die Preise, bezogen auf den Offenbachplatz, einen Vorschlag unterbreitet. Die Betriebsleitung vertritt die Auffassung, dass man unter den gegebenen Umständen mit den Interimspreisen von 2014/15 für Oper und Schauspiel weiterarbeiten müsse.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erinnert daran, dass die Preiserhöhung nur für das neue Haus beschlossen worden sei. Damit sei der erste Teil des Antrages erledigt.

Herr Prof. Schäfer ergänzt, dass der zweite Punkt mit der vorliegenden Matrix ebenfalls erledigt sei. Nach seiner Meinung könne man über weitere Interimsspielstätten reden, wenn man unter TOP 6.4 über den Sachstand zum verlängerten Interim der Bühnen diskutiere. Deshalb erschließe sich ihm die Aufrechterhaltung des Dringlichkeitsantrages nicht.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, dies zunächst zurückzustellen.

RM Dr. Elster erklärt, dass der gesamte Dringlichkeitsantrag bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden solle.

Die antragstellenden Fraktionen stellen ihren Dringlichkeitsantrag bis zur nächsten Sitzung zurück.

4 Allgemeine Vorlagen

4.1 Weiteres Vorgehen Sanierung Bühnen Köln 2326/2015

zurückgezogen

5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Mitteilungen des Eigenbetriebs

6.1 III. Quartalsbericht der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2014/15 2027/2015

Herr Tautkus bezieht sich auf Punkt 5 in der Anlage 2 merkt an, dass es enorme Abweichungen zwischen den Ist- und Planzahlen gebe und möchte wissen, ob direkt im Budget höhere Zahlen veranschlagt worden seien, um die Einsparungen quasi aktivieren zu können.

Der Geschäftsführende Direktor der Bühnen Wasserbauer erklärt, dass man inzwischen seit fünf Jahren über das Interim berichte und man dabei die Bewirtschaftungskosten für den Offenbachplatz hoch gehalten habe. Dies sei die Gegenfinanzierung für die Interimstabelle.

Der Betriebsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.2 Sanierung der Bühnen Köln am Offenbachplatz
Abschluss eines Mietvertrags für die Interimsspielstätte der Oper (Spielzeit 2015/16)
Verlängerung des Interims bis 31.08.2016
2321/2015**

zurückgezogen

**6.3 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
hier: Fragenbeantwortung und Monatsberichte Juni/Juli 2015
2501/2015**

Die Angelegenheit wurde zurückgestellt und wird in der nächsten Sitzung behandelt.

**6.4 Sachstand zum verlängerten Interim der Bühnen
unter Berücksichtigung der Fragen der
- SPD
- Der Grünen und des
- „Positionspapiers“ der CDU/FDP
2503/2015**

Der Geschäftsführende Direktor der Bühnen Wasserbauer erläutert den Inhalt der als Tischvorlage vorgelegten Mitteilung der Verwaltung. Er macht darauf ergänzend dazu aufmerksam, dass die Mitnutzung des RTL-Parkhauses auch für Abendveranstaltungen möglich wäre. Dies sei bisher noch unklar gewesen. Außerdem gehe die Prüfung des Brandschutzes für das Staatenhaus mit großen Schritten voran. Hierzu seien notwendige Abstimmungen mit den Brandschutzsachverständigen der Feuerwehr und der Bauaufsicht getroffen worden. Er geht davon aus, dass man mit den entsprechenden Auflagen umgehen könne. Er kündigt für die kommende Woche eine Beschlussvorlage zum verlängerten Interim der Bühnen Köln an.

Opernintendantin Dr. Meyer ergänzt, dass die drei Orte, die als ständige Spielorte in Betracht kommen, geprüft worden seien. Hierbei handle es sich um das Staatenhaus, die MMC-Studios in Ossendorf und das Palladium. Für die Spielzeit 2015/16 gebe es im Palladium lediglich 12 freie Wochen und für die darauf folgende Spielzeit 19 nicht fortlaufende Wochen. Allerdings stehe das Palladium vor dem 28.12.2015 gar nicht erst zur Verfügung. Sie unterstreicht, dass sie nach wie vor das Staatenhaus für die beste Alternative halte. Dieser Standort habe unter anderem den Vorteil, dass nach langer Zeit alle unter einem Dach arbeiten könnten, dass es drei Spielstätten biete. Sie hebt hervor, dass es für den vorhandenen Opernspielplan der beste Ort sei, um sehr viel von diesem Programm umzusetzen. Ein Aspekt, der sich in den letzten Tagen ergeben habe, sei, dass dem Theaterpädagogen über 400 Anmeldungen für Schülerworkshops vorliegen. In diesem Zusammenhang macht sie darauf aufmerksam, dass es in der vergangenen Spielzeit eine fünfzigprozentige Steigerung beim Verkauf der Studenten- und Schülertickets im Bereich Oper/Schauspiel gegeben habe. Diese Tickets seien an die Workshops gekoppelt. Weder im Depot, noch in Ossendorf oder Palladium wären Räumlichkeiten für die Schülerworkshops vorhanden. Das Staatenhaus hingegen, würde für eine entsprechende Durchführung ideale Bedingungen bieten.

Schauspielintendant Bachmann zeigt sich, angesichts der schwierigen Situation, dennoch relativ zufrieden. Ihm sei es von Anfang wichtig gewesen, eine Interimsspielstätte zu finden, die auch zwei Jahre zur Verfügung stehen würde. Hinzu komme, dass sie nur die Hälfte an Miete koste als davor die EXPO XXI und sogar mehr Zuschauer generiere. Man werde nun einige Maßnahmen ergreifen, um den Komfort für die Mitarbeiter und die Künstler zu erhöhen. Er nennt in diesem Zusammenhang beispielweise den Einbau eines Holzbodens für die Bühne oder die Veränderung der Tribüne. Abschließend macht er darauf aufmerksam, dass der von ihm angekündigte Spielplan, mit wenigen Ausnahmen, umgesetzt werde.

Herr Prof. Schäfer zeigt auf, dass seine Fraktion noch keine abschließende Haltung zu den Interimsspielstätten habe, da es noch einige offene Fragen, die beispielsweise die Kosten betreffen, gebe. Es sei wichtig, die Balance zwischen dem künstlerischen Anspruch sowie den dazugehörigen Rahmenbedingungen und der fiskalischen Ebene zu finden. Er stellt fest, dass das MMC-Studio deutlich ins Auge falle, wenn man rein finanziell an die Sache herangehe. Dies betreffe die Mietkosten für das MMC-Studio im Vergleich zu der Entschädigungszahlung für das Staatenhaus. In diesem Zusammenhang fragt er, was mit dem aktuellen Stand bei der monatlichen Entschädigungszahlung an die BB Group gemeint sei. Außerdem interessiert es ihn, ob er es richtig verstanden habe, dass die Bühnen zu einer Teilfertigstellung bereit wären, um den 7. November eventuell als Eröffnungstermin zu halten. Er bittet hierzu um den aktuellen Sachstand. Zudem erkundigt er sich bezüglich des Brandschutzes nach den Kosten. Abschließend möchte er betreffend des MMC-Studios wissen, ob es wirklich so tragisch wäre, wenn man auf einige künstlerische Impulse, wegen der dargestellten Randlage, verzichten würde. Schließlich gebe es aus seiner Sicht einen enormen Kostengewinn gegenüber dem Staatenhaus.

RM Dr. Elster bezieht sich auf die Aussage, dass im Staatenhaus 900 Plätze im 1. Obergeschoss und 800 im Westflügel zur Verfügung stehen und fragt, ab wann dies der Fall sei. Er erkundigt sich weiter nach einem Projektplan und wann dieser nun vorgelegt werde. Ohne eine feste Kostenschätzung, einem dazugehörigen Terminplan und die Kenntnis über Risiken könne man keine Entscheidung in der Sache treffen. Er erinnert daran, dass man zusätzlich 1,5 Mio. € für die Eröffnung zur Verfügung gestellt habe und den Bühnen nicht den Betriebskostenzuschuss kürzen wolle. Der Vorschlag der Verwaltung müsse nun fiskalisch betrachtet werden. In diesem Zusammenhang

weist er auf die momentane Haushaltslage hin. Er fügt außerdem hinzu, dass seines Erachtens im Staatenhaus keine szenischen Opern möglich seien und es auch kein etablierter Standort im Rheinpark für Opernaufführungen sei. Bei den MMC-Studios gebe es zwei Spielstätten mit ca. 800-900 und ca. 400 Plätzen. Er fragt deshalb, ob es noch größere Hallen gebe, in denen man ganz andere Zuschauerzahlen realisieren könnte. Im Übrigen spricht er sich dagegen aus, dass Ossendorf, der Standort des MMC-Studios, ein Randbezirk sei. So betrachtet, sei, vom Zentrum aus gesehen, die Schanzenstraße in Mülheim ebenfalls ein Randbezirk. Der Presse habe er übrigens entnommen, dass der Betreiber des Palladiums die Immobilie den Bühnen zur Verfügung stellen wolle bzw. diese sogar zum Kauf anbiete. Aus seiner Sicht könne dies gegebenenfalls die günstigste Lösung sein. Die Darstellung in der Mitteilung stimme nicht mit der in der Presse überein. Zudem wisse er aus sicherer Quelle dass das Palladium ab Januar 2016 zur Verfügung stehen könne. Er hält es für möglich, Veranstaltungen dort herauszukaufen, damit es für längere Zeit hintereinander verfügbar wäre. Dies gelte auch für das blaue Zelt. Hier stelle er sich die Frage, ob man nicht generell das Musical „Bodyguard“ dort herauskaufen könne. Unter Umständen sei dies günstiger, als 9 Mio. für die Instandsetzung des Staatenhauses auszugeben. Abschließend merkt er an, dass man den Kammersaal beim Deutschlandfunk für konzertante Aufführungen anmieten könne. Außerdem bittet er darum, das Thema Cäcilia Wolkenburg genauer zu erörtern.

Herr Dr. Wackerhagen zeigt sich zufrieden mit den Beantwortungen und der Matrix zum Interim der Oper. Er spricht sich ebenfalls für gesicherte Fakten bezüglich der Mieten und notwendigen Sanierungsarbeiten aus. Bezüglich der Aussage in der Mitteilung, dass Schauspiel- und Opernleitung über eine Mitnutzung des Depots durch die Oper in Kontakt stehen, würde er gerne mehr erfahren. Zudem möchte er wissen, ob es eventuell günstiger sei, die Kinderoper weiterhin im Alten Pfandhaus spielen zu lassen. Zu den angesprochenen Investitionen des Schauspiels hätte er gerne mehr erfahren, um letztendlich auch eine Übersicht der gesamten Kosten zu erhalten. Außerdem fragt er, warum für die Halle Kalk keine Betriebsgenehmigung als Spielstätte vorliege. Des Weiteren erkundigt er sich, nach den Kosten für eine mögliche zweite Spielzeit im Staatenhaus. Nach einer Begehung ist er der Auffassung, dass eine Reihe von Sanierungsarbeiten notwendig sei und regt an, gegebenenfalls ab Januar im Palladium zu spielen.

Opernintendantin Dr. Meyer weist darauf hin, dass der 7.11. als Eröffnungstermin immer noch möglich sei. Dies hänge von den Brandschutzergebnissen ab. Man könne bei laufendem Betrieb eine Spielstätte nach der anderen ertüchtigen. Zu den eventuellen Opernaufführungen im Staatenhaus erklärt sie, dass diese bis auf „Aida“ und „Der fliegende Holländer“ alle szenisch geplant seien. Sie macht auf eine Mail aufmerksam, die sie am 21. 08. erhalten habe und der zu entnehmen sei, dass es im Palladium noch Freiräume gebe und der erste Freiraum reiche vom 28.12.2015 bis zum 12.01.2016, danach vom 3. bis zum 26. April und vom 5. bis zum 10. Juli 2016. Weiter heißt es in dem Schreiben, dass man sich schnell entscheiden müsse, sonst seien diese Zeitfenster vergeben. Nach den vorliegenden Auskünften, könne man noch nicht einmal eine Produktion dort aufführen. Sie führt weiter aus, dass sowohl für die „Cäcilia Wolkenburg“ als auch für die „Opernfreunde“ der Spielort in Ossendorf sehr schwer vorstellbar sei. Dies liege, nach deren Auffassung, unter anderem an dem langen Anfahrtsweg. Abschließend geht sie auf die Äußerung ein, dass kein Vertrauen mehr vorhanden sei, weil die Baustelle nicht rechtzeitig fertig geworden sei (siehe TOP 3.1) und merkt an, dass man durchaus Vertrauen haben könne. Die Oper habe über drei Jahre in der ganzen Stadt gearbeitet und dies habe künstlerisch und finanziell funktioniert. Sie ergreift in diesem Zusammenhang das Wort für die Mitarbeiter und

unterstreicht, dass ein Standort in Ossendorf für das Personal eine große Belastung darstellen würde. Aus ihrer Sicht dürfe nicht nur die finanzielle Sicht ausschlaggebend sein. In der letzten Spielzeit habe man im blauen Zelt 60 Veranstaltungen geschafft. Im Staatenhaus könne es 107 Aufführungen geben.

Herr Wasserbauer ergänzt, dass über die Verlängerungsoption noch nicht mit der BB Group verhandelt worden sei. Die Verhandlungen hierfür würde im Übrigen das Liegenschaftsamt führen. Zum Brandschutz berichtet er, dass man dies nach heutigem Stand mit einem überschaubaren Aufwand hinbekomme. Bezüglich der Halle Kalk berichtet er, dass man diese gemeinsam mit der Bauaufsicht prüfen müsse. Des Weiteren erklärt er sich bereit, sich nach den Kosten für ein Herauskaufen des Musicals „Bodyguard“ aus dem blauen Zelt zu erkundigen. Dies und alles andere werde er dementsprechend in die Beschlussvorlage zum Interim einarbeiten.

RM Stahlhofen gibt zu bedenken, dass man an dem Standort in Ossendorf nicht nur an die Anreise, sondern auch die Abreise bedenken müsse, die nach einer Operaufführung durchaus nach 23:00 Uhr stattfinden könne. Um diese Uhrzeit habe man bereits den Nachtbetrieb der KVB. Sie bittet darum, auch für das Staatenhaus die Verkehrsanbindungen darzustellen. Hierbei müsse man auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter denken, für die es zeitlich noch später werde. Außerdem erkundigt sie sich nach dem Brandschutz in den MMC-Studios. Schließlich solle daraus ein Veranstaltungsort werden. Abschließend fragt sie, ob für alle notwendigen Um- und Einbauarbeiten Ausschreibungen durchzuführen seien und wenn ja, welche Fristen hierfür gelten.

Frau Brunn macht auf das Himmelszelt am Barmer Platz und einen Zeltbau, der sich Winter-Pale nenne, und sich auf einem Parkplatz in der Nähe der Mülheimer Brücke befinde, aufmerksam und fragt, ob dies nicht als Spielstätte für die „Cäcilia Wolkenburg“ dienen könne. Sie bittet darum, dies, auch für eine Mitnutzung durch die Oper, zu prüfen. Sie habe sich außerdem gewundert, warum man nicht die Idee fortgeführt habe, ein Provisorium als Spielstätte zu bauen, so wie dies in Düsseldorf geschehen sei.

RM von Bülow möchte wissen, welche Sonderkosten im Vergleich zusätzlich anfallen, wenn beispielsweise im Staatenhaus die Kinderoper mit untergebracht sei und bei einer Nutzung des MMC das Alte Pfandhaus weiter benötigt werden würde. Außerdem fragt sie, ob es im Staatenhaus Probemöglichkeiten gebe. Ansonsten hält sie es für wichtig, die Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen und genauer durchzuarbeiten. Zum Schluss erkundigt sie sich, wann man mit einer Beschlussvorlage rechnen könne. Aus ihrer Sicht müsse möglichst schnell eine Entscheidung herbeigeführt werden. Deshalb wäre es wünschenswert, dass die entsprechende Beschlussvorlage in der kommenden Woche zu den Fraktionssitzungen vorgelegt werde.

Frau Reinhardt fragt, unabhängig von den Kosten, die nicht zu vernachlässigen sind, ob die Bühnenleitung garantieren könne, dass das Staatenhaus am 7. November tatsächlich bezugsbereit sei, um dort zu spielen und man nicht über eine Baustelle gehen müsse. Sie bittet zudem darum die Kosten für die Umbaumaßnahmen näher darzustellen.

Frau Dr. Meyer erklärt, dass man in den MMC-Studios keine Möglichkeit für Vorproben habe, wohingegen dies im Staatenhaus möglich wäre. Dort könne man an drei Spielstätten parallel etwas aufbauen und spielen. Wichtig sei aus ihrer Sicht, dass im Staatenhaus alles bestmöglich umgesetzt werden könne. Sie unterstreicht, dass sie bereits den Spielplan für 2016/17 gemacht habe. Schließlich benötige die Oper zwei Jahre Vorlaufzeit. Unter dem Aspekt, dass die Interimszeit ein Jahr länger dauere,

gebe es im Staatenhaus die Möglichkeit einiges von dem was sie für 2016/17 geplante habe dort umzusetzen.

Herr Wasserbauer erklärt, dass das Studio 53 als Versammlungsort zugelassen sei und deshalb hierfür keine Kosten anfallen. Die Sache mit der Abreise des Publikums und der Mitarbeiter nehme man sehr ernst und sagt zu, dies als Punkt in Matrix mit aufzunehmen. Ebenso die Prüfung des Himmelszeltes am Barmer Platz und dem Zeltbau Winter-Pale. Die Zeltlösung habe man nicht weiter geprüft, weil seitens der Technik mitgeteilt worden sei, dass die fertigen Bühnenbilder dort nicht hineinpassen. Bezüglich der gestellten Kostenfragen erklärt er, dass dies alles in der Beschlussvorlage entsprechend dargestellt werde.

Auf Nachfrage von Frau Reinhardt erklärt er, wenn eine Beschlussvorlage für das Staatenhaus gefertigt werde, sei der Einzug zum 7. November daran gekoppelt.

Zu den Ausschreibungen erklärt Herr Wasserbauer, dass man die entsprechenden Vorgaben beachten werde. Er zeigt auf, dass man alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen werde. Beispielsweise könne man einige Fristen verkürzen. Dies werde ebenfalls in die Ratsvorlage zum Interim eingearbeitet.

RM Henseler hält es für sinnvoll eine Sondersitzung anzuberaumen, damit der Betriebsausschuss Bühnen die angekündigte Vorlage der Verwaltung entsprechend vorberaten könne. Aus seiner Sicht müsse in dieser Vorlage deutlich gemacht werden, dass möglicherweise eine Verzögerung von zwei Jahren oder mehr entstehe. Hierfür benötige man eine Kostengegenüberstellung. Wichtig sei seines Erachtens bei der politischen Bewertung auch, ab welcher Größenordnung einer finanziellen Belastung für die Stadt Köln könne man den Beschäftigten zumuten eine optimale Lösung möglicherweise nicht zum Tragen zu bringen.

Herr Dr. Wackerhagen möchte gerne erfahren, was passiert, wenn das Staatenhaus für den Spielbetrieb nicht rechtzeitig fertig gestellt werde. Ebenfalls interessiert es ihn, ob die Premiere um ein oder zwei Monate verschoben werde und ob die Künstler dann überhaupt noch zur Verfügung stehen. Außerdem möchte er bezüglich der Planung für die Spielzeit 2016/17 der Oper wissen, ob man diese für das Staatenhaus plane. Deshalb sei es aus seiner Sicht enorm wichtig, die Preise für das Staatenhaus für diese Zeit zu kennen. Er fügt hinzu, dass auch eine dritte Spielzeit nicht auszuschließen sei, wenn es zu weiteren Verzögerungen am Offenbachplatz käme.

Herr Prof. Schäfer schlägt vor, das Thema an dieser Stelle zu beenden, da sich die Fragen inzwischen wiederholen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister möchte wissen, wann die angekündigte Beschlussvorlage zu erwarten sei und bittet darum, die kulturpolitischen Sprecher zu informieren.

Herr Wasserbauer sagt dies zu und fügt hinzu, dass noch einiges zu prüfen sei und er Anfang der kommenden Woche mehr dazu sagen könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister teilt mit, dass ein Termin für eine Sondersitzung bereits geblockt sei. Hierbei handele es sich um den 3. September 2015, 13:00 Uhr.

RM Dr. Elster geht davon aus, dass man die Vorlage nicht abschließend in den Fraktionen vorberaten könne, weil sich mit Sicherheit Fragen ergeben, die man mit den Bühnen besprechen müsse. Deshalb müsse man vor der Ratssitzung gegebenenfalls noch eine weitere Beratungsrunde durchführen.

Herr Prof. Schäfer wirft ein, dass man auch den Finanzausschuss berücksichtigen müsse.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6.3 in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Der Betriebsausschuss Bühnen nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Schriftliche Anfragen

9 Schriftliche Anträge

10 Allgemeine Vorlagen

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Mitteilungen des Eigenbetriebs

13 Mündliche Anfragen

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)